

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Sozialausschusses am 25.09.2013
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Bericht der Heimaufsicht des Rhein-Kreis Neuss zu den Pflegeeinrichtungen Seniorenwohnpark und Medina Meerbusch	4
2 Wohnungsnotfälle und Wohnungslosigkeit in Meerbusch; Bericht der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH	5
3 Schulsozialarbeit im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Vorlage: FB2/207/2013	5
4 Vielfalt verbindet - Folklorefest in Meerbusch; Bildpräsentation der Verwaltung	5
5 Aktionswoche "Senioren sicher im Sattel" Vorlage: FB2/200/2013	6
6 Bericht der Verwaltung	6
7 Termin der nächsten Sitzung: 28. November 2013	6
8 Verschiedenes	6

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, Aula

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied Vertretung für Frau Helga Hermanns

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Hermann Müsch Sachkundiger Bürger

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Frau Helga Dapprich

Frau Barbara Büchner Ratsmitglied

Frau Katja Giesen Ratsmitglied

Herr Christian Kohnen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Dr. Norbert Friedrich

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

Stellv. beratendes Mitglied

Frau Renate Beek Seniorenbeirat Vertretung für Herrn Albert Güllmann

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Gäste

Herr Siegfried Henkel Rhein-Kreis Neuss

Frau Luise Coun CaritasSozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH

Herr Dirk Jünger

CaritasSozialdienste Rhein-Kreis
Neuss GmbH

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Helga Dapprich

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann

Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke

Evangelische Kirchengemeinde

Ausschussvorsitzender Focken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Öffentliche Sitzung

1 Bericht der Heimaufsicht des Rhein-Kreis Neuss zu den Pflegeeinrichtungen Seniorenwohnpark und Medina Meerbusch

Unter Bezugnahme auf die offensive Öffentlichkeitsarbeit und die am 20.09.2013 erfolgte Informationsveranstaltung für Betroffene und Angehörige informiert Herr Henkel, Sozialamtsleiter des Rhein-Kreis Neuss (RKN), ausführlich über die bisherige Entwicklung und den aktuellen Sachstand bezüglich der seitens der Heimaufsicht ausgesprochenen Betriebsuntersagung für die Pflegeeinrichtungen Seniorenwohnpark und Medina Meerbusch. Derzeit prüfe die Heimaufsicht die Betriebsübertragung des Seniorenwohnparks auf die Meridias GmbH sowie der Medina auf die Medigreif Unternehmensgruppe. Das Verfahren unterläge wie auch bereits das Vorgehen hinsichtlich der Betriebsuntersagung den Vorschriften des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG). Neben den erforderlichen Unterlagen laut WTG habe man von den Antragstellern allerdings zusätzlich ein Konzept für ein Krisenmanagement eingefordert. Der RKN sei intern wie auch extern auf Verbindungen der Marseille-Kliniken zu den neuen Betreibern hingewiesen worden, die sich im Sinne einer Personenidentität in verschiedenen Organen der Unternehmen bislang in zwei Fällen auch bestätigt hätten. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen für die Betriebsübertragung gegeben seien, werde der RKN der Betriebsübertragung auch zustimmen müssen. Zurzeit gehe der RKN davon aus, dass Mitte Oktober eine Aussage darüber getroffen werden könne, ob der Betriebsübergabe zugestimmt werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, werde der RKN mit Unterstützung der Stadt Meerbusch eine Unterbringung der verbliebenen Bewohner nach der Schließung am 30.11.2013 sicherstellen. Bis zu diesem Zeitpunkt obliegt den jetzigen Betreibern die Verpflichtung die Pflege in der gesetzlich geforderten Qualität sicherzustellen.

Im Anschluss an den Vortrag äußern Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage wie auch die Mitglieder des Ausschusses ihre Betroffenheit hinsichtlich der tragischen Situation in den Einrichtungen, von der ca. 100 Bewohner, darunter auch viele Demenzzranke und Alleinstehende ohne Angehörige, betroffen seien. Möglichkeiten für eine anderweitige Unterbringung der Personen im näheren Umfeld der Einrichtung gäbe es leider nur begrenzt. Ziel im Falle eines Trägerwechsels sei natürlich, dass es unter der neuen Trägerschaft nicht bei vergleichbar schlechten Zuständen bleibe. Unabhängig davon, dass die originäre Zuständigkeit weiterhin beim RKN läge, habe die Stadt selbstverständlich ihre Unterstützung in der Sache zugesichert.

Die Fragen der Anwesenden werden von Herrn Henkel ausführlich beantwortet. Hinsichtlich geäußelter Vorwürfe zum späten Zeitpunkt der Betriebsuntersagung verdeutlicht Herr Henkel, dass es sich dabei um das härteste Mittel handle, welches der Heimaufsicht zur Verfügung stünde. Während des gesamten Verfahrens sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten gewesen; insbesondere auch Ersatzvornahmen müssten vor diesem Hintergrund beurteilt werden und seien zuvor anzudrohen. Gefahr im Verzug habe aber zu keinem Zeitpunkt vorgelegen, da die Mängel im Einzelfall immer behoben worden seien, die erforderlichen strukturellen Veränderungen aber nicht stattgefunden hätten. Dass die Heimaufsicht kreisweit durchaus effizient unterwegs sei, zeige sich jedoch daran, dass Mängel, die natürlich auch in anderen Heimen aufträten, konsequent abgestellt werden könnten.

2 Wohnungsnotfälle und Wohnungslosigkeit in Meerbusch; Bericht der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH

Im Zusammenhang mit dem Thema Wohnungslosenhilfe bedankt sich Ausschussvorsitzender Focken bei den Anwesenden ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit hinsichtlich des in der vorhergehenden Sitzung beschlossenen gemeinsamen Antrags zum Wohnraumkonzept für Meerbusch. In einem direkten Zusammenhang mit dem zuvor beratenen Themenfeld stehe auch die seit 01.02.2013 bestehende Vereinbarung zwischen der Stadt Meerbusch und der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH. Vorrangiges Ziel dieser Kooperation sei es einerseits, den Verbleib der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen in regulärem Wohnraum sicherzustellen und andererseits, den Umzug der Menschen aus der städtischen Obdachlosenunterkunft sowie aus den Asylbewerberunterkünften in regulären Wohnraum zu ermöglichen. Anlässlich einer ersten Berichterstattung begrüßt Ausschussvorsitzender Focken Herrn Jünger und Frau Coun. Herr Jünger führt kurz ins Thema ein und macht nochmals auf die ganz unterschiedlichen Hintergründe der Schicksale wohnungsloser Menschen aufmerksam. So begegne man in der Arbeit mit Wohnungslosen Menschen mit einer Vielzahl von sozialen, gesundheitlichen, psychischen und familiären Problemen. Ansatz der Caritas sei es daher, die Kompetenzen aus verschiedenen Fachbereichen in die Arbeit einfließen zu lassen. Allein von 2010 bis 2012 sei laut einer Veröffentlichung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. eine Zunahme der wohnungslosen Menschen um ca. 15 % zu verzeichnen. Ursache dafür sei vorrangig der Mangel an bezahlbarem Wohnraum; Folge der Wohnungslosigkeit wiederum sei eine Ausgrenzung der Betroffenen an den Rand der Gesellschaft. Insofern sei Präventionsarbeit in diesem Bereich von besonderer Bedeutung.

Frau Coun erläutert anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation erste Erfahrungen mit dem Projekt vor Ort. Sie informiert ausführlich über bisherige Aktivitäten und verweist insbesondere auf die bestehenden Vermittlungshemmnisse hinsichtlich der Betroffenen aus den Notunterkünften für Wohnungslose und für die Asylbewerber. Schließlich bringt sie nochmals deutlich zum Ausdruck, dass die Vermittlung jedoch in erster Linie an der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in der jeweils angemessenen Größe scheitere.

3 Schulsozialarbeit im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Vorlage: FB2/207/2013

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nimmt Bezug auf die Berichterstattung zum Bildungs- und Teilhabegesetz im Februar diesen Jahres. Die Antragszahlen seien durch den Einsatz der Schulsozialarbeiterinnen weiter angestiegen. Auch die Schulen seien für die fachkompetente Unterstützung durch die Schulsozialarbeiterinnen dankbar.

Auf Anfrage erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass die weitere Finanzierung der Schulsozialarbeit aus Bundesmitteln über das Jahr 2014 hinaus noch nicht sichergestellt sei. Es bleibe jedoch zu hoffen, dass unter Berücksichtigung der erzielten Erfolge diesbezüglich eine Lösung gefunden werde.

4 Vielfalt verbindet - Folklorefest in Meerbusch; Bildpräsentation der Verwaltung

Frau Flintrop informiert über das aus Sicht der Verwaltung und des Integrationsrates sehr erfolgreich verlaufene Folklorefest auf dem Osterather Kirchplatz und vermittelt den Anwesenden anhand einer kurzen Bildpräsentation einige Eindrücke von der Veranstaltung. Auch die Resonanz der Besucher sei insgesamt positiv gewesen

Die Veranstaltung wurde initiiert durch den Integrationsrat und am 20. Juli 2013 in Kooperation mit der *BürgerStiftung Wir für Meerbusch* erstmalig durchgeführt. Die Finanzierung in Höhe von insgesamt 6.156 € wurde durch Spendengelder in Höhe von 5.320 € und durch einen städtischen Eigenanteil in Höhe von 836 € sichergestellt. Jeweils 6 thematische und 6 kulinarische Stände bildeten neben dem unterhaltsamen Bühnenprogramm den Rahmen des Festes.

Auf Anfrage erklärt Erste Beigeordnete-Mielke Westerlage, dass eine Wiederholung grundsätzlich angedacht, unter Berücksichtigung des personellen und finanziellen Aufwandes allerdings nicht jährlich realisierbar, aber in einem 2-Jahres-Rhythmus denkbar sei.

5 Aktionswoche "Senioren sicher im Sattel" **Vorlage: FB2/200/2013**

Unter Bezugnahme auf die Informationsvorlage informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage kurz über die diesjährige Aktionswoche „Senioren sicher im Sattel“. Bereits zum sechsten Mal sei den älteren Verkehrsteilnehmern in Meerbusch die Gelegenheit gegeben worden, sich theoretisch und praktisch mit dem Thema Verkehrssicherheit zu befassen. Zwar sei die Durchführung des Projektes aufwendig und personalintensiv; man wolle unter Berücksichtigung der Bedeutung der Unfallprävention und im Hinblick auf die insgesamt positive Resonanz aber auch zukünftig an der Projektwoche festhalten.

6 Bericht der Verwaltung

Es ist kein Bericht erforderlich.

7 Termin der nächsten Sitzung: 28. November 2013

8 Verschiedenes

Auf Anfrage von Ratsherrn Fliege informiert Ausschussvorsitzender Focken, dass für die nächste Sitzung ein Bericht des Behindertenbeauftragten hinsichtlich des Signets „Meerbusch barrierefrei“ vorgesehen sei.

Ratsfrau Niegeloh bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung auch die in den Asylübergangwohnheimen tätigen Sozialpädagoginnen hinsichtlich einer Berichterstattung einzuladen.

Meerbusch, den 8. Oktober 2013

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in